

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

26 (31.1.1922)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 12 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 12 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abolagen abgeholt 11 M monatlich. — Einzelnummern 50 s Ausgabe: Werktag mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luitpoldstr. 24, Fernsprecher: 6.50 M; Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 131. Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 2.30 M. Die Restameise bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahme: 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Das deutsche Finanzzeleud

Darlegungen des Reichsfinanzministers — Auch die Zwangsanleihe reicht nicht — Neue Anleihepläne

Berlin, 30. Jan. Im Reichstag stand am Montag die erste Lesung des Reichshaushaltplans auf der Tagesordnung. Sie wurde vom Reichsfinanzminister mit einer längeren Rede eingeleitet. Dr. Sermes bemühte sich trotz des Fehlens von 183 Millionen Mark die Dinge einigermassen optimistisch zu betrachten. Er wollte mit dem vorliegenden Haushaltsplan der Entente den Beweis liefern, daß Deutschland fest entschlossen ist, seine Finanzen in Ordnung zu bringen. Wie soll das aber möglich sein, wenn allein die Ausführung des Friedensvertrags 171 Milliarden erfordert? Durch neue Steuern sollen 100 Milliarden aufgebracht werden. Der Rest soll durch die Zwangsanleihe und eine spätere Anleihe gedeckt werden, die kommen soll, wenn unsere Wirtschaftslage auch innerlich mehr befähigt ist. Dr. Sermes schloß seine Rede mit der Mahnung zur Sparsamkeit und mit dem Aufruf an die Parteien, allen häuslichen Streit zu begraben und den Haushaltsplan bald zu erledigen.

In der Aussprache behandelte Abg. Scheidemann die allgemeine Wirtschaftslage in der Welt und insbesondere in Deutschland. Er kritisierte scharf verschiedene Vorfälle, die gegen die Republik gerichtete Äußerungen laut wurden und erwähnte, daß die Arbeiterchaft sich mit Entschlossenheit für den Schutz der deutschen Republik gegen Angriffe von Rechts und Links einsetze. Hierauf sprach noch der deutschnationale Abg. Dr. Reichert und der deutschvolksparteiliche Abg. Dr. Dunaub. Die Beratung wurde darauf abgebrochen und der Haushaltsplan dem Haushaltsausschuß überwiesen, damit dieser seine Arbeiten sofort beginnen kann.

Sitzungsbericht

21. Berlin, 30. Jan. (Telunion.) Am Regierungsbüro: Herrmann. Präsident Webe eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr.

Erste Lesung des Reichshaushaltplans.

Reichsfinanzminister Dr. Sermes

Die erste Lesung ein. Er bittet den Reichstag, die Vorlage möglichst rasch zu verabschieden. Damit wird der Beweis geliefert, daß das deutsche Volk gewillt ist, mit aller Kraft eine geordnete Finanzwirtschaft einzuführen. Der Haushaltsplan sieht ganz unter dem Zeichen der ungeheuren Lasten aus dem Friedensvertrag. Die Ausführung des Friedensvertrags erfordert allein 171 Millionen Mark. Der Verlust, die ungeheuren Lasten des Friedensvertrags im vergangenen Jahre zu erfüllen, hat zur Behebung des Marksturzes und unserer ganzen Währungsnotlage. Die Erschütterung des Markturzes steigert alle Ausgaben und vermindert den Notenumlauf. Ohne eine neue Regelung des Reparationsproblems kann unsere Finanzwirtschaft nicht gelindert werden. Durch neue Steuern sollen 100 Milliarden aufgebracht werden, durch das Kompromiß sollen die Nachkriegsgemeinschaften und die Luxusgesellschaften erhoben werden. Die allgemeine Bedenkenberichtigung wird sich durch Erhöhung der Ausgaben geltend machen. Der geschwächte Volkswirtschaft wird durch die neuen Steuern eine ungeheure Last auferlegt. Die Entschlossenheit müssen einsehen, daß Deutschland alle Anstrengungen macht, um seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag zu erfüllen. Es ist nicht richtig, daß der Deutsche weniger Steuer bezahlt als der Franzose oder Engländer. Ein deutscher Bürger mit 30 000 M Einkommen hat 2000 M Steuern zu bezahlen, während dieses Einkommen in England steuerfrei bleibt. Das deutsche Volk ist durch die Kohlen- und Verbrauchssteuer auf das härteste belastet. Es war gewiß nicht leicht, eine so gewaltige Steuererhöhung von heute auf morgen aufzubringen. Die großen Schwierigkeiten sind aber heute überwunden. Die Umsatzsteuer ist bereits laufend durchgeführt und die Einkommensteuer wird künftig auch in jedem Jahre fertig bearbeitet sein. Die Finanzverwaltung braucht aber eine Atempause zur Erledigung ihrer laufenden Aufgaben. Sie darf nicht durch neue Aufgaben gelähmt werden.

Der Minister spricht sodann seinen Beamten seine volle Anerkennung für ihre bisherigen Leistungen unter den schwierigsten Verhältnissen aus. In Zukunft werden auch die Aufgaben vermindert sein. In Zukunft werden auch die Aufgaben vermindert sein. In Zukunft werden auch die Aufgaben vermindert sein.

Die schwebende Schuld beträgt heute 250 Milliarden Mark. Mit den Steuern allein werden wir also nicht auskommen. Es werden die Aufwände der nächsten Zeit sein, festzustellen, in welcher Höhe die Zwangsanleihe und in welcher Form die Zwangsanleihe auszuführen werden soll. Sie soll 1 Milliarde Goldmark bringen. Die dreifache Unversicherung ist ein Opfer des Volkes und ein Beweis, daß das Reich unter Einwirkung aller Kräfte bemüht ist, auf dem Wiederaufbau der Welt mitzuarbeiten. Aber auch mit Hilfe der Zwangsanleihe wird es nicht gelingen, auch nur den Reparationsrückstand zu balancieren (Sört, Hebel). Wir müssen auch berücksichtigen, eine freiwillige innere Anleihe aufzubringen. Sie wird aber erst möglich sein, wenn das Vertrauen in die innere Festigkeit des Reiches wieder hergestellt

und die äußeren Lasten auf ein erträglicheres Maß zurückgeführt sind, sonst erleben wir einen Mißerfolg wie bei der Sparprämienanleihe. Gegenüber den Vorwürfen, die der französische Finanzminister de Laferrière in der Subjekt-Kommission der Kammer gegen uns erhoben hat, muß ich darauf hinweisen, daß die deutsche Regierung lange vor dem Beschluß von Cannes an den Aufbau der Lebensmittelaufschüsse herangegangen ist. Lieberens haben diese Aufschüsse auch in Frankreich eine große Rolle gespielt. Bei uns soll dieser Aufbau bis zum Ende des Jahres 1922 durchgeführt sein. In diesem Jahre hoffen wir mit einem Zuschuß von 1 Milliarde auszukommen, vorausgesetzt, daß keine neue Verschlechterung des Markturzes eintritt.

Die Beamtenzahl ist deshalb gestiegen, weil zahlreiche Zweige der Verwaltung von den Ländern übernommen werden mußten. Das Reich hat heute 700 000 Beamte, Angestellte und Arbeiter in seinem Dienst gegenüber 501 000 im Jahre 1914 (Sört, Hebel). Durch die Übernahme der bayerischen und württembergischen Post und Eisenbahnen und der Steuerbeamten sind 455 000 Köpfe hinzugekommen. Da ergibt sich nur ein Mehr von 85 000 Köpfen. Die Personalvermehrung muß natürlich durchgehend werden und soll eine Einschränkung von 75 Prozent erfordern. Für die Vergarbeiterleistungen sind 171 Milliarden keine achtzehnhundert Mark ausgegeben worden. Das ist zur Erfüllung des Friedensvertrages hinsichtlich der Kohlenförderung notwendig gewesen. Den Vorteil davon hat Frankreich. Dadurch sind auch 190 000 Vergarbeiter mehr notwendig geworden. Die Wirtschaftslage der Beamten, Arbeiter und Angestellten wird sorgfältig geprüft. Die Gesamtausgaben des Reiches für Gehälter und Löhne betragen 50 Milliarden. Trotz dieser gewaltigen Summe befindet sich ein Teil der Arbeiter und Angestellten in schwieriger Lage. Das Verhältnisverhältnis wird ausgearbeitet. Eine automatische Anpassung der Bezüge an die Teuerung wird erwogen. Die Regierung hält sich in ständiger Fühlung mit dem Reichstag. Es ist unabweislich, wenn einzelne Teile der Beamtenliste zum Streit auffordern, während die Verhandlungen noch andauern (Juliusmeyer). Der Minister warnt die Beamten dringend, nicht die Anforderungen nachzukommen. Die Regierung wird den Verträgen zur Fortsetzung des Wirtschaftslebens mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln nachdrücklich entgegenzutreten. (Leib, Weiskopf.)

Der Minister besprach dann den Haushaltsplan im einzelnen. Eine scharfe Angrenzung der Finanzen zwischen Reich und Ländern ist dringend notwendig. Auch bei den Gemeinden muß mit der notwendigen Sparsamkeit gewirtschaftet werden. Das Reich beabsichtigt in keiner Weise in die Finanzen der Länder und Gemeinden einzugreifen. Die Abwicklung des Reiches der Zwangsanleihe wird beschleunigt werden. Sehr schmerzlich sind die unwirtschaftlichen Ausgaben für die alliierten Kommissarien. Der Minister kündigt eine Sanierung der Post und Eisenbahn an. Die Kosten für die Ausführung des Friedensvertrags können sich noch steigern. Die Produktivität der deutschen Wirtschaft ist erheblich zurückgegangen. Die Arbeiter müssen in gemeinsamer Arbeit den Widerstand heftig führen. Wir wollen den kommenden Dingen ohne Optimismus, aber mit Mut entgegenstehen im Vertrauen auf unsere Arbeiterchaft. Der Minister schloß mit der Aufforderung an die Parteien, den häuslichen Streit zu begraben und den Haushaltsplan bald zu erledigen. (Leib, Weiskopf.)

Abg. Scheidemann (Soz.) schildert die schwierigen äußeren und inneren Verhältnisse Deutschlands. Hätte man die sozialdemokratischen Maßnahmen befolgt, so wäre der fürchterliche Krieg vielleicht vermieden worden. Wir sind ein Volk von Weibern; wir hungern und frieren. Eine allgemeine Achtung vor der deutschen Republik besteht noch nicht. Der Redner besprach dann Urteile der letzten Zeit und erklärte es unerhört, daß ein Schönbörger Richter ein Urteil unterschrieben habe im Namen des Königs. Viele Beamte schmähen die Republik, fluchen aber ihr Geld ruhig ein. Schmachvoll ist, wenn der Staatssekretär Predow sich als antisemitischer Agitator betätigt. Beweiskräftig sind die Vorgänge bei der Pfingsttagung in Wilhelmshaven, wo Offiziere der Republikanismen Platte ihre Wächterung bezeugten. Der Redner kritisiert dann das Auftreten der Herren von Jagow und Ludendorff. Im November 1918 hätten sie sich zurückhaltend benommen. Er zitiert gegenüber Ludendorff eine Neufassung des Obersten Bauer, der erklärte, wir werden von einem unaufrichtigen Kadetten regiert. Von Hindenburg hätten seine Kameraden gesagt, es sei ihm zuletzt gar nicht mehr mitgeteilt worden, wo die einzelnen Armeekorps stehen. Der Redner bedauerte die gefälligen Angriffe gegen den Reichskanzler, Dr. Rathenau und die übrigen Reichsminister. Er nannte den Abg. Helfferich den intellektuellen Urheber an der Ernennung Erzberger und wird dafür vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. Die deutschen Arbeiter würden gegen alle Antriebe geschlossen auftreten; gegen rechts und links werde die Arbeiter die deutsche Republik schützen.

Abg. Dr. Reichert (D.N.) bezeichnet die Ausführungen Scheidemanns als Feindverleumdung. Einen Höchstbetrag von 183 Milliarden hätten seine Freunde nicht erwartet. Wenn der Finanzminister behauptet habe, die Ausgaben seien auf das Äußerste eingeschränkt, so werde das durch den Etat nicht ohne weiteres erwiesen. Der Verrücktheit des Reichsfinanzministeriums stimmt der Redner zu. Auch das Wiederkaufministerium könne genannt werden. Im Reichsfinanzministerium herrsche ein Uebermaß von Beamten. Es fehlt ein einseitiger großer Etat. Die vielen Nachtragsetats sind vom Uebel. Die Gefahr der Ueber-

fremdung unserer Wirtschaft ist groß. Der Redner fordert besondere Fürsorge für den Handwerkerstand und weist Vorwürfe gegen die Landwirte, als ob sie an der Teuerung schuld wären, zurück. Die Verhältnisse werden sich nicht eher beruhigen, bis die Valuta zur Beruhigung kommt. Wenn Erhöhungen bei der Eisenbahn notwendig sind, so müssen auch die Leistungen besser werden. Der Export nach überseeischen Ländern wird durch die Währungsnot sehr beeinträchtigt. Der Verlust ganzer Absatzgebiete ist zu befürchten. Die mutigen Worte des Reichsfinanzministers gegen die wilden Streiks haben uns gefreut. Hoffentlich finden sie den entsprechenden Widerhall bei dem Verkehrsministerium und Reichsjustizministerium. (Abg. Dr. Helfferich (D.N.) wird nachträglich zur Ordnung gerufen, weil er eine Äußerung des Abg. Scheidemann (Soz.) als unehrlich bezeichnete.)

Der Redner wünscht dem Bestreben der Finanzverwaltung, die Steuerverwaltung aktionsfähig zu machen, vollen Erfolg. Die Pläne, die Steuerbehörden auch zu Provinzialbehörden zu machen, müssen bekämpft werden. Die Erhöhung der Beamtenbesätze setzen im Verhältnis zur Teuerung sehr gering. Die Verteuerung der Tarife werde auch wieder neue Gesundheitsforderungen zur Folge haben. Die Geldentwertung werde im schnellsten Tempo weiter steigen. Die Direktion Essen habe eine vollständige Verkehrsperre mit Ausnahme von Wiedergutmachungsstellen verhängt. Aus diesem Bezirk kommen unsere Kohlen. Diese Maßnahme bedeutet also den vollkommenen Bankrott des Reichswesens. Der Redner dankt dem Minister für seine Abwehrmaßnahmen. Auf Kosten des deutschen Volkes wird ein gewaltiger Luxus entfaltet. Die Verwaltung muß mit neuem Geist durchdrungen werden. Das Personal ist zu verringern. Ist es richtig, daß die Kriegsgesellschaften in Reichsgesellschaften umgewandelt werden sollen? Vor dem Erfüllungswillen muß der Sanierungswille stehen.

Die Verwaltung wird darauf abgebrochen; der Haushaltsplan wird aber bereits dem Ausschuß überwiesen, damit dieser seine Beratungen beginnen kann. — Dienstag 1 Uhr: Anfragen. Weiterberatung. Schluß 1/2 7 Uhr.

22. Berlin, 30. Jan. Der Reichstagsausschuß für Verbrauchssteuern beschloß die Strafsparagrafen des Einkommensteuergesetzes zu verschärfen. Darnach soll die Hinterziehung der dem Reich zuteilenden Einnahmen mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafe bis zu 10 Millionen Mark bestraft werden. Wer außerdem den Vorschriften des Vermögensgesetzes verwehrt zuwider handelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu einer Million Mark bestraft.

Die Ordnung der Finanzen

21. Berlin, 31. Jan. Das „V. T.“ berichtet: Wahrscheinlich wird das Vermögen bis zu mindestens 100 000 M von dem Zwangsanleihebefrei befreit werden, wobei die Möglichkeit besteht, daß diese abgabefreie Vermögensgrenze noch erweitert wird. Trotz der Zwangsanleihe dürfte nach Schätzung unterrichteter parlamentarischer Kreise noch ein Defizit von über 70—80 (heutig bis achtzig) Milliarden Mark auf dem außerordentlichen Etat vorhanden sein. Dieser Betrag müßte durch eine internationale Anleihe gedeckt werden. Maßgebende industrielle Kreise sind der Ansicht, daß nur entweder eine innere Anleihe oder eine Aufnahme von ausländischen Krediten in Betracht komme. Um eine Klärung in dieser Frage herbeizuführen, werden sich Industrievertreter in Kürze mit dem Reichskanzler in Verbindung setzen.

Anleihepläne

21. Berlin, 31. Jan. (D. Tagst.) Die von maßgebender Seite bekannt wird, werden im Reichsfinanzministerium Pläne erwogen, die Aufbringung flüssiger Mittel zu erzielen. Von der Reichsregierung wird mit der Kreditlinie der Industrie kaum mehr gerechnet. Es soll nun versucht werden, eine innere Anleihe bei den ersten Kapitalgruppen Deutschlands flüssig zu machen. Man denkt hierbei besonders an Industrie, Banken und Handel; auch die Landwirtschaft will man heranziehen. Ferner werden führende deutsche Banken auf Anregung der Regierung mit ausländischen Banken Abmachungen an treffen, um eine Kontrolle der infolge der Steuerflucht nach dem Ausland abgewanderten flüssigen Mittel zu ermöglichen.

Die deutsche Reparationsnote

21. Paris, 30. Jan. Die Reparationskommission hat gestern nachmittags die Note der deutschen Regierung in der Reparationsfrage zur Kenntnis genommen und gemäß der Entscheidung vom 13. Januar beschlossen, die deutschen Gegenanträge sofort den alliierten Regierungen zu übermitteln, die so in der Lage sein werden, entweder die Frage selbst zu bearbeiten oder sie zur Beschleunigung an die Reparationskommission zurückzuverweisen. Heute nachmittags 4 Uhr wird in einer neuen Sitzung der Wortlaut des Begleitberichts an die Regierungen festgelegt werden.

Das Hungereleud in Sowjetrußland

21. Berlin, 30. Jan. Aus Charkow wird gemeldet, daß sich die Hungerepidemie in Rußland zusammenziehen, die Dörfer überfallen und die Lebensmittel rauben. — Von allen Seiten der Ukraine wird der Ausbruch der Cholera gemeldet. In Charkow wurden 20 und in Kiew 270 Cholerafälle festgestellt. Die Sterblichkeitsziffer beträgt nahezu 50 Prozent.

Das Fazit der Landtagsdebatte

Dr. Karlsruhe, 30. Januar.

Nur schwer können sich die einzelstaatlichen Parlamente an die aus der zentralisierten Zentralisation des Reiches sich ergebenden Konsequenzen gewöhnen. Nach der Art mancher Gemeinderäte, die im Rathaus gerne weitpolitische Probleme zum Tummelplatz ihres Redefiebers machen, können manche Parlamentarier sich nicht davon lösen, in weit-schweifiger Art im Landtag Dinge zu behandeln, die nicht nur weit außerhalb der Landtagskompetenzen liegen, sondern auch dem Gesichtsfeld engerer Heimatsanschauung oft mehr oder weniger stark entrückt sind. So notwendig es ist, daß der Badische Landtag als Vertreter desjenigen deutschen Landes, dem durch seine geographische Lage heute eine sehr hohe Bedeutung im Reichsrahmen zukommt, bei entsprechenden innen- und außenpolitischen Situationen durch klare Formulierung seiner Auffassung sein politisches Gewicht in die Waagschale wirft, so wenig vorteilhaft ist es — abgesehen von der Zeitvergeudung —, wenn sich die Volksvertreter immer wieder, ja einzelne manchmal oft nur mit Fragen beschäftigen, die völlig in der Kompetenz des Reichstages liegen und die der Landtag kaum beeinflussen kann. Mit Maß und Ziel in diesen Dingen wird der Landtag immer am besten fahren, wie er dies z. B. in geschickter Formulierung an die Adresse der bayerischen Monarchisten tat, die den Wind des unbedingt reichstreuens Baden sicherlich wohl verstanden haben.

Was die spezifisch badischen Fragen betrifft, so ergab sich als Fazit der viertägigen Aussprache, wenn man die rhetorischen Floskeln und die rechts- und linksradikalen Tiraden auf richtige Maß zurückführt, allgemeine Billigung der in der Programmklärung des Staatspräsidenten niedergelegten Richtlinien der badischen Regierung, die auf einen allmählichen wirtschaftlichen und politischen, sozialen und kulturellen Ausbau des Volksstaates hinauslaufen: ein Ergebnis, das zwar in Widerspruch steht mit der oft in eine gewisse Höhe hinauslaufenden Agitation gegen die Regierung, das jedoch sofort bekräftigt wird, wenn man daran denkt, daß keine der Oppositionsparteien brauchbare Verbesserungsvorschläge zu nennen wußte, die man an Stelle des Programmes der Koalitionsregierung hätte setzen können.

Die Vertreter der Deutschnationalen, die drängen im Lande Tag für Tag in Wort und Schrift alles in Grund und Boden zu beurteilen, was die Regierung macht oder nicht macht, die in ihren Versammlungen und Zusammenkünften Sekundanern und höheren Töchtern aller Altersstufen Unfehlbarkeitsrezepte gegen das Elend unserer Zeit zu verschreiben wissen, waren außer der üblichen Parlamentsrede stumm auf die Frage, welche Reformvorschlüsse sie zu machen hätten, um sicherer, sicherer und besser als die jetzige Regierung das durch alldeutsche Schuld ins Elend gestürzte Volk wieder in die Höhe zu bringen. Ja, als Groteske muß verbucht werden, daß der Sprecher der Deutschnationalen, Herr Abg. Schmidt-Bretten, anscheinend mangels kritischen Stoffes aus unieren Tagen den größten Teil seiner Staatsrede dazu benutzen konnte, durch langweilige Ausführungen aus der Großstadt nachzuweisen, daß er trotz mancher Traurrede längst den Winter schlaf angetreten.

Aus den Erklärungen des Landbundes war vor allem beachtlich die Mitteilung, daß er auf dem Boden der Verfassung stehe und bereit sei, die Republik zu verteidigen — eine Kundgebung, die große Bedeutung zu beanspruchen hätte, wenn sie nicht durch die sonstige Gebarung dieser Partei diskreditiert wäre. Sieh schon die sowohl vom Regierungstisch wie vom Hause verlegte Behandlung des Landbundes, als hätte es erst ihrer Parteiämter bedürft, um den landwirtschaftlichen Wünschen gerecht zu werden, einen mehr als starken Mangel an offener Tatsachengerechtigkeit miffen, so waren noch viel mehr die landbündlerischen Bemerkungen über die Finanzwirtschaft und den landbündlerischen Verhältnissen, Eigentumsfanatismus von einer derartigen materialistisch-egoistischen Frivolität, daß der Zentrumsführer Abg. Dr. Schofer zurecht darin sehr wenig vom Geist des Christentums zu finden vermochte, den der Landbund auch auf sein Banner geschrieben zu haben behauptet. Den letzten Rest an Reputation verlor jedoch der Landbund durch seinen Führer Abg. Kläiber, der in völliger Verkennung der Würde des badischen Landesparlamentes glaubte, durch robustes Verhalten seine erheblichen Mängel als Neuling im Reichstager Mandell verdecken zu können.

In dieser Hinsicht war der Führer der Linksradikalen, Herr Abg. Bod von den Kommunisten — die zwei Unabhängigen, Herr Freidhof und Frau Unger, haben bisher sowohl sachlich wie persönlich nicht vermocht, ihrer Tätigkeit eine besondere Note zu geben, wenn man sie nicht in der Neuartigkeit ihrer Redeweise finden will, die der Präsident dahin charakterisierte, „daß es im Landtag nicht üblich sei, daß die Abgeordneten mit weiblicher Unterstützung sprechen“ — zweifellos geschickter. Herr Bod von den Kommunisten hat sich so schnell auf den glatten Parfüm des Parlamentes eingelassen, daß der „Badische Beobachter“ bereits von seiner „glatten, eleganten und zivilisierten Art“ spricht und ein ironischer Tribünenbesucher meinte, wenn der kommunistische Führer nach einiger Zeit parlamentarischen Friseurunterrichts seine moskauische Rhetorik ins Feuer geworfen und seinen Weltrevolutionsglauben fürs Jenseits aufgeben hätte, würde er frei dieser Schlagen einmal eine „sehr staatsvereheliche Stütze“ abgeben. Derselbe legt die Entwicklung allerdings noch fern, weshalb Abg. Genosse Maier-Waldeberg recht hatte, wenn er die verbrecherischen Kommunisten, die die Kommunisten durch Ruffische und Irreführen dem Aufbau und der Entwicklung der Arbeiterarbeit in den Weg legen, in schärfster Weise geißelt.

Eine besondere Rolle nahm in der politischen Aussprache die Deutsche Liberale Volkspartei ein. Ihr Sprecher, Herr Abg. Weber-Baden-Baden, bemühte sich sowohl in seinen maßvollen Darlegungen wie in seiner oppositionellen Kritik an der Regierung der schwierigen Situation gerecht zu werden und gleichzeitig seiner Partei die Tür zum Kabinett offen zu halten. Wenn auch vielfach von taktischen Motiven diktiert, so steht die Rede des liberalen Führers sowohl inhaltlich wie formell derart vom Text und vom Ton der offiziellen wie der sich unabhängig gerierenden volksparteilichen Presse ab, daß wir wünschen, deren Schriftleiter möchten für einige Zeit bei Herrn Weber, der ja beruflich hierin bewandert, in die Schule gehen — selbst wenn sie durch mehr oder weniger weltlich-litende Doktorarbeiten dem Reichsrecht ihrer Wähler zumuten zu können glauben, eine mehr als subjektive Schreibmanier zu gutieren.

Die Sprecher der Koalitionsparteien betonten in ihren Reden vor allem den Willen zur Mitarbeit an der Regierung im Interesse des Volkswohles unter Zurückstellung spezifischer parteipolitischer Ziele, die auszuweichen Zeit ist, wenn die Fundamente des Volksstaates fest und sicher stehen. So schlossen sich denn auch die Parteiführer der vom Abg. Genossen Strobel propagierten Forderung des Schulfriedens auf dem Boden der seit Jahrzehnten verantworten Simultanikule an, deren Verdröpfung explosiv gewirkt hätte. Unter klarer Betonung ihrer sozialistischen Endziele und deren Erreichung durch Sozialisierung der Schlüsselindustrie, Demokratisierung und Kulturförderung stellte die sozialdemokratische Fraktion vor allem ihre positive Mitarbeit im Sinne in den Vordergrund als einzige Möglichkeit im stetigen Fortschritt unser Volk wieder in die Höhe zu bringen.

Dieses Ziel der Volkswohlfahrt drückte auch die Ministerreden, sei es in der programmatischen Erklärung des Staatspräsidenten Dr. Summe oder in den Darlegungen des Arbeitsministers Dr. Engler über die Wohnungsfrage, in den wirtschaftspolitischen Charakterisierungen des Innenministers Kemmele oder in den Deduktionen des Justizministers Trunk und schließlich im Budgetprogramm des Finanzministers Köhler. So war es denn auch weiter nicht verwunderlich, daß der Ausgang der politischen Aussprache eine starke Vertrauensfundgebung für die Regierung brachte. Nur die 3 Kommunisten und 2 Unabhängigen lehnten es direkt ab, der Regierung der badischen Republik Vertrauen zu

schenken. Die 7 Deutschnationalen und 8 Landbündler betonten durch Stimmhaltung ihre Desinteressement, nachdem selbst der Chef der deutschnationalen Fraktion, Herr Abg. D. Mayer-Karlsruhe, in seiner großen Rede hatte erklären müssen, daß die Verhältnisse in Baden besser seien als in manchen anderen deutschen Ländern. Die übrigen Parteien des Landtags aber, nämlich das Zentrum mit 34 Stimmen, die Sozialdemokraten mit 20 Stimmen und die Demokraten mit 7 Stimmen, denen sich die außerhalb der Regierung befindlichen 5 Mitglieder der Liberalen Volkspartei in politischer Einsicht angeschlossen, stimmten dem Vertrauensvotum für die Regierung vorbehaltlos zu, die so eine Mehrheit von 66 gegen insgesamt 86 Abgeordnete hinter sich hat: ein Ergebnis, das die Genähr einer weitreichenden und sicheren Aufbaupolitik in sich birgt. Darf doch die Regierung hieraus schließen, daß ihrer bisherige Politik die Billigung der Volksvertretung hat, daß ihr Aktionsprogramm Zustimmung findet, daß ihrer Art verständigem Wohl begenugt wird und daß schließlich innerpolitisch und im Verhältnis von Baden zum Reich das badische Volk unter der Debatte auf badisch und auf deutsch am Aufbau des badischen Volksstaates positiven und regien Anteil nimmt.

Das Brauntweinmonopol

Der 26. Ausschuss des Reichstages ist am Samstag mit der zweiten Lesung des Brauntweinmonopolgesetzes fertig geworden. Das Bestreben der Brauntweininteressenten der Reichsmonopolverwaltung den Wettbewerb möglichst zu erschweren, hat in dem Ausschuss, der fast mit Brennerinteressenten besetzt war, eine Mehrheit gefunden. Der Versuch der sozialdemokratischen Mitglieder, die Monopolverwaltung mit dem privaten Gewerbe gleich zu stellen, ist an dem Widerstand einer im Grunde ihres Herzens monopolfeindlichen Mehrheit abgeprallt. Zum letzten Male bei dem durch den Reichstag verabschiedeten Kartographengesetz, nach diesem Kartographengesetz bestimmt die Reichsmonopolverwaltung, welche Monopolergänzungen hergestellt und in welcher Form sie in Verkehr gebracht werden. Sie legt die Preise und die Verkaufsbedingungen fest. Sozialdemokraten und Unabhängige wollten die Regierungsvorlage wiederherstellen. Der Antrag wurde mit 13 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Im Namen der Sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder gab Genosse Brey folgende Erklärung ab:

Nach der Ablehnung unserer Anträge zu § 95 hat das vorliegende Gesetz eine Gestalt angenommen, die unser Interesse an seiner Verabschiedung sehr in Frage stellt. Wir wollen die Weiterberatung nicht hindern, erklären aber, an unsere Fraktion herantraten zu müssen mit dem Antrag: dem Gesetz über das Brauntweinmonopol die Zustimmung zu verweigern. Einem erfreulichen Erfolg ergiebt die Festigkeit der beiden sozialistischen Parteien im Ausschuss bei dem § 118. Es gelang, einen einstimmigen Beschluß des Ausschusses herbeizuführen, daß aus den Monopolergänzungen 20 Millionen Mark zur Bekämpfung des Alkoholismus und solcher Volkssünden, die mit ihm zusammenhängen, zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere ist dabei auch die Bekämpfung von Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten.

Der Reichshaushaltsplan für 1923

Reichstag, Berlin, 28. Jan. Der Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr vom 1. April 1922 bis 31. März 1923 weist für die allgemeine Reichsverwaltung an Einnahmen und Ausgaben (auf Millionen aufgerundet) 288 424 Millionen Mark, für die Reichspost- und Telegraphenverwaltung 18 731 Millionen, für die Verwaltung der Reichsbahnen 78 788 Millionen, für die Ausführung des Friedensvertrages 187 533 Millionen auf. Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, zur Vermeidung einmaliger ordentlicher Ausgaben 183 366 Millionen Mark im Wege der Anleihe flüssig zu machen, zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse einen Betrag bis zu 12 500 Millionen Schatzanweisungen auszugeben und zur Verdröpfung unabweisbarer, durch die Nachwirkungen des Krieges hervorgerufenen Bedürfnisse nötigenfalls Garantien zu übernehmen. Von den im Reichshaushalt für 1923 vorgezeichneten planmäßigen Beamtenstellen wird im Falle ihres Freiwerdens nur jede zweite Stelle wieder besetzt werden, bis ein Viertel der daselbst bewilligten Stellen der gleichen Gattung fortgefallen ist. Dies gilt nicht für einige Kategorien höher Staatsbeamter. Der Reichsall erfordert 27 946 Millionen Mark. Unter den Einnahmen des ordentlichen Haushalts werden die Einkommen der allgemeinen Finanzverwaltung (Steuer, Zölle und sonstige Abgaben) auf 98 Milliarden 484 Millionen Mark veranschlagt. Unter den Einkommen des außerordentlichen

Der Gemüsehändler

von Anatole France

in einer Bearbeitung von Leo Tolstoi *)

Jerome Crainquebille, ein Gemüsehändler, zog mit seinem Landwagen in der Stadt umher und rief: „Kohl, gelbe Rüben, weiße Rüben!“ und wenn er Vorrei hatte, rief er: „Frische Spargel!“ weil Vorrei die Spargel der Armen sind. Einmal, es war am 20. Oktober, um ein Uhr nachmittags, als er die Montmartrestraße hinabfuhr, trat Madame Boyard, die Schusterfrau aus dem Laden und trat an seinen Gemüsekarren heran. Sie hob verständlich an Bund Vorrei in die Höhe und sagte: „Nichts besonderes Ihr Vorrei da. Was wollen Sie für das Bund?“

„Fünfzehn Sou, Frau Meisterin. Bessere finden Sie nicht.“ „Was, fünfzehn Sou wollen Sie für solch miserablen Vorrei?“ „Und sie warf mit Wut das Bund zurück auf den Karren. In diesem Moment trat der Schuhmann Nr. 64 heran und sagte zu Crainquebille: „Hören Sie weiter.“ Crainquebille fuhr schon seit fünfzig Jahren von früh bis abend mit seinem Karren. Die Aufforderung des Schuhmannes schien ihm gelegentlich und ganz am Platz. Bereit zu gehorchen, hat er die Schusterfrau rasch zu nehmen, was sie benötigte. „Was, darf ich etwa nicht wählen für mein Geld,“ bemerkte die Schusterfrau zornig.

„Und sie befehlte von neuem sämtliche Vorreihändler, wählte dann eins, welches ihr größer als die übrigen erschien, und drückte es fest gegen den Rücken.“

„Hier geben Sie mir das Geld.“ „Das ist genug. Sofort bringe ich Ihnen das Geld aus dem Laden, ich habe keine bei mir.“

*) In dem schönen Lebensbuch Tolstoi: „Für alle Tage“ (Harrt Wolff Verlag, München), in dem der große Weise um die eigenen leuchtenden Gedankenkräftige Worte der besten Menschen aller Zeiten und Völker gereicht hat, gibt Tolstoi in freier Bearbeitung diese Erzählung des diesjährigen Nobelpreisträgers wieder, die soeben auch in der neuen Novellenausgabe von Anatole France, „Der fliegende Holländer“, in der Originalausgabe des Dichters erschienen ist.

Sie ging mit dem Vorrei in den Laden, zur selben Zeit aber trat auch eine Kundin mit einem Sack aus dem Arm herein.

In diesem Augenblicke rief der Schuhmann Nr. 64 zum zweiten Male: „Hören Sie weiter!“ „Ich warte auf das Geld,“ gab Crainquebille zur Antwort.

„Ich sage Ihnen nicht, Sie sollen auf Ihr Geld nicht warten, ich sage Ihnen nur, Sie sollen weiterfahren,“ sagte der Schuhmann mit strenger Stimme.

Unterdessen probierte die Schusterfrau in ihrem Laden ein Paar blaue Schuhe dem anderthalbjährigen Kinde an. Die Käuferin elkte sehr, und die grünen Vorreihöpfe lagen ganz ruhig auf dem Boden.

Crainquebille, der seit hundert Jahren mit seinem Karren durch die Straßen fuhr, verstand es den Repräsentanten der Gewalt zu gehorchen. Diesmal aber befand er sich in einer ergebnislosen Lage, zwischen Recht und Pflicht. Er bestand sich wenig auf die Gesetze und hatte es nicht begriffen, daß sein persönliches Recht ihn von der Erfüllung gesellschaftlicher Pflichten nicht befreite. Er hatte seine Aufmerksamkeit zu sehr auf ein Recht, die vierzehn Sou zu bekommen, konzentriert und sich nicht genug an seine Pflicht, den Karren immer vorwärts und vorwärts zu schieben, erinnert. Er rührte sich nicht.

„Denn Sie denn nicht, daß ich Ihnen sage, Sie sollen weiterfahren!“ Crainquebille jedoch hatte seiner Ueberzeugung nach einen gar wichtigen Grund, nicht von der Stelle zu gehen. Und er erklärte von neuem schüchtern und einfach: „Aber zu mein lieber Gott! Ich sage Ihnen doch, daß ich auf mein Geld warte.“

Der Schuhmann erwiderte darauf: „Wohlwollen Sie, daß ich Sie wegen Verletzung der Polizeivorschriften zur Verantwortung ziehe? Wenn Sie das wünschen, so brauchen Sie es bloß zu sagen.“

Auf diese Worte hatte Crainquebille nur die Achseln gezuckt, trotzdem auf den Schuhmann geschaut und seinen Blick zum Himmel erhoben, als wollte er damit sagen:

„Gott sieht es, wenn ein Widersacher der Gerechtigkeit bin!“ „Sei es nun, daß der Schuhmann die Verletzung dieses Gesetzes nicht beachtet hätte, aber hätte seine verdammte Unt-

schuldigung für den Angehörigen sah; der Schuhmann fragte noch neuen mit hoher Stimme: ob ihn denn der Straßenhändler nicht verstanden habe.

Auf der Montmartrestraße war gerade in diesem Augenblick ein großer Andrang von Fuhrwerken, Fiaker, Droshken, Möbelwagen, Omnibusse und alle möglichen Schubkarren, drängten sich aneinander, daß es schien, als seien sie unentzerrlich miteinander verknüpft. Von allen Seiten hörte man Schimpfsrufe und Flüchen.

Die Käuferin tauschten von der Ferne mit den Krämerkräften Schimpfwörter aus, die die Omnibuskondukteure, die Crainquebille für den Urheber des Andranges hielten, nannten ihn „schmutziger Vorrei“.

Währenddessen hatten sich Neugierige am Trottoir zusammengedrängt und hörten dem Gespräch zu. Als der Schuhmann meinte, daß er beobachtet wird, dachte er jetzt nur noch daran, seine Autorität zu zeigen.

„Gut,“ sagte er und zog ein schmutziges Notizbuch und einen sehr kurzen Reißzweiger aus der Tasche.

Crainquebille beharrte auf seinem Entschluß, indem er einem inneren Muttriebe gehorchte. Uebrigens konnte er sich jetzt noch zurück nach vornwärts bewegen. Das Rad seines Karrens hatte sich zum Unglück am Rade des Karrens eines Wächermannes verfangen.

In der Verwirrung sah sein Paar zusehend, rief er: „Aber ich sage Ihnen doch, daß ich auf mein Geld warte! Ich, du mein lieber Gott, ist das ein Name!“

Der Schuhmann Nr. 64 fühlte sich durch diese Worte beleidigt, obwohl sie mehr ein Verzweiflungsgeschrei, als eine Widerstandskraft waren. Und weil jede Verleumdung bei ihm die traditionelle Gewohnheit, durch Rauch gehelligt, und man konnte sogar sagen zeremonielle Ausdrucksform: „Tod den Kräften!“ annehmen, so hatte er die Worte des Kräfteleiters in seinem Ohr eben in dieser Form realisiert.

„Ah! Sie haben den „Tod den Kräften“ gesagt nun gut, folgen Sie mir!“

Außerst verwundert und entsetzt starrte der Gemüsehändler mit seinen weitgeschlossenen Augen den Schuhmann Nr. 64 an, und rief, die Arme über seine blaue Wut gekreuzt: „Ich soll „Tod den Kräften“ gesagt haben? Ja? Ach! ...“ (Fort, folgt.)

*) „Ruhe“ werden im Pariser Jargon die Polizeigewalttätigen genannt. „Mort aux vaches“ wird als ein sehr beliebter gendler Ausdruck betrachtet. (Anm. d. Uebers.)

Schaubild findet sich die anfangs erwähnte 188 Milliarden-Anleihe unter dem Titel „Reichsschuld“. Die Reichspost- und Telephonverwaltung weiß aus an Einnahmen des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts 10 325 Millionen Mark; es ist zu dieser Position ein Gesamtzuschuß des Reiches von 2456 Millionen Mark erforderlich. Die Verwaltung der Reichsbahnen weiß an Einnahmen des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts auf 72 Milliarden 5 Millionen Mark; zu dieser Position wäre ein Gesamtzuschuß des Reiches von 6782 Millionen erforderlich.

Der dritte Teil, Ausführung des Friedensvertrages, weist im ordentlichen Haushalt an fortwährenden Ausgaben eine Summe von 147 687 Millionen Mark und im außerordentlichen Haushalt eine Ausgabensumme von 39 844 Millionen Mark aus.

Neue Bestimmungen im Personenverkehr

Auf 1. Februar 1922 wird ein einheitlicher Personen- und Gepäcktarif für das gesamte Gebiet der deutschen Reichsbahn ausgegeben, durch den die Personentarifteile der früheren deutschen Staatsbahnen aufgehoben werden. Durch die Vereinheitlichung treten gegenüber den Bestimmungen der ehemaligen deutschen Staatsbahnen zum Teil wesentliche Änderungen ein. Vereinzelt Sonderbestimmungen der früheren Länderbahnen mußten zur Erreichung der Einheitlichkeit aufgehoben werden. Für den Bezirk der Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe sind folgende Änderungen hervorzuheben:

- 1. Die Fahrpreisermäßigung für Fahrten zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken, für Schulfahrten, Jugendpflege und zu milden Zwecken wird, entgegen den bisherigen Bestimmungen, nunmehr auch von und nach den Haltestellen innerhalb der allgemeinen Abfertigungsbezirke gemächt. 2. Neu eingeführt wird eine Fahrpreisermäßigung für Ferienkolonien. Sie gewährt eine Ermäßigung für Kinder, die innerhalb einer bestimmten Zeit täglich nach Ferienkolonien oder in Hell- und Erholungsstätten und wieder zurück verbracht werden. 3. Die Bestimmung über die ausnahmsweise Benützung von Güterzügen durch Reisende wird erweitert. 4. Die Möglichkeit durchgehender Abfertigung von Personen, Reisegepäck und Erprechtgut im Gebiet der deutschen Reichsbahn ist erheblich erweitert worden. 5. Die Traglast, die bisher im Gebiet der Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe bis zum Gewicht von 50 Kilo gegen eine feste Gebühr von 1 M in den Gepäckwagen gestellt werden durfte, fällt weg. Die Anzahl der meisten Wagen 4. Kl. im Bezirk der E.G.D. Karlsruhe (Wagen ohne Gepäck) gestattet auch die Mitnahme größerer Traglasten, die mehr als den für Handgepäck vorgesehenen Raum beanspruchen, in die 4. Kl. wegen Verlässigung der Mitreisenden nicht. Zur Vermeidung von Schäden beabsichtigt die E.G.D. auf Strecken, auf denen ein starker Traglastverkehr stattfindet, z. B. an Markttagen, Wagen 4. Kl. mit Steckplätzen zu führen, in die Traglasten bis zum Höchstgewicht von 50 Kilo unentgeltlich mitgenommen werden dürfen. Die Mitnahme von Kindern als Traglast in die Personenzüge ist nicht gestattet. 6. Für die Ausfertigung einer Annahmebescheinigung für Erprechtgut wird künftig eine Gebühr von 50 Pf erhoben. 7. Die regelmäßige Beförderung von Zeitungsbesetzern auf Grund des Erprechtgesetzes nach einem vereinfachten Abfertigungsverfahren fällt weg.

Nähere Auskünfte werden von dem Verkehrsbüro der Eisenbahn-Generaldirektion sowie von den Betriebsinspektionen und Stationsbeamten erteilt.

Gemeindepolitik

Badischer Städtebund

Verband der mittleren Städte

Der Ausschuss des Badischen Städtebundes hielt am 9. ds. Mts. in Willingen eine Sitzung ab, in der über folgende Gegenstände beraten wurde: Die Schullastenfrage bildete den Hauptberathungsgegenstand. Eine Kundfrage hat ergeben, daß die Mehrbelastung der mittleren Städte durch die Schullastverteilung nach Maßgabe des Steuerverteilungsgesetzes eine ganz außerordentliche ist. Es muß verlangt werden, daß diese Last bei der in Aussicht genommenen Änderung des Schulgesetzes erleichtert wird. Auch müssen Mittel und Wege für die Deckung der den Gemeinden entstehenden Mehraufwendungen gefunden werden. Da die Abänderung des Schulgesetzes wohl noch längere Zeit auf sich warten lassen wird, beschließt der Ausschuss, zunächst durch vorläufige Regelung der mittleren Städte die Erleichterung zu verschaffen. Es werden ferner für die vorläufige Regelung als auch für die endgültige Regelung bestimmte Anträge für die einzelnen Schularten festgestellt, die dem Ministerium unterbreitet werden sollen.

Da die Leistungen der Fürsorgekassen nach Maßgabe des Fürsorgegesetzes an die zur Ruhe gesetzten Beamten bekanntlich völlig unzulänglich sind, muß eine Ergänzung der Renten eintreten, um die Betroffenen vor bitterster Not zu bewahren. Es wird in Erwägung gezogen, die Städte des Städtebundes zu einem Versicherungsverband zusammenzuschließen, der nicht nur die gesetzlichen Lasten nach Maßgabe des Fürsorgegesetzes tragen, sondern auch die notwendigen Zuschußleistungen aufbringen soll. Zur Prüfung dieser Frage wird ein Interessenausschuss eingesetzt, der dem Ausschuss bestimmte Vorschläge unterbreiten soll.

Die Prüfungsordnung für die Gemeindebeamten schreibt vor, daß ein Zentralauschuss aus Gemeindevertretern und Beamten gebildet wird. Der Städtebund hat zwei Mitglieder zu ernennen. Ernannt werden die Bürgermeister von Bretten und Ettlingen. — Die Verteilung der Reichsmittel für die Wohnungsbauten erfolgt z. B. ohne jede Mitwirkung der Gemeinden. Die Städte müssen verlangen, daß den Gemeinden, welche die Mittel aufbringen, auch ein Mitwirkungsrecht bei der Verteilung eingeräumt wird. — Mit Rücksicht auf die außerordentliche Portenerhöhung ab 1. 1. 22 beschließt der Vorstand, der Bevölkerung zu empfehlen, bei Eingaben an die Stadverwaltungen, auf die eine Antwort erwartet wird, das Rückporto beizulegen.

Oberst, 28. Jan. Bürgerausschuß. Der Bürgerausschuß hat der Gewerung der ehemaligen Braunischen Brauerei für 30 000 M zugestimmt. Die Kaufstellen sollen zur Bänderung der Wohnungsverhältnisse herangezogen werden. — Der Firma Gebr. Streif wurde ein größeres städtisches Gelände zur Errichtung eines größeren Dampfzementwerkes überlassen.

Mannheim, 28. Jan. Der Bürgerausschuß hat dem Amtmissionenausschuß für das Nationaltheater nahezu einstimmig zugestimmt. Die Kommunisten (zwei) stimmten dagegen. Eine Entschließung der sozialdemokratischen Bürgerausschüsse über die Aufhebung der Freipresse wurde mit 26 gegen 25 Stimmen angenommen. In den Verhandlungen bezeichnete der Oberbürgermeister die finanzielle Lage des Theaters als außerordentlich ernst. Der Staat müsse das Theater in größerem Umfang als bisher unterstützen.

Kleine badische Chronik

Heidelberg, 30. Jan. Der im Mannheimer Landgerichtsgefängnis befindliche Mörder der beiden Bürgermeister Siefert hat heute durch seinen Rechtsbeistand gegen das Urteil des Heidelberger Schwurgerichtes Revision beim Reichsgericht einlegen lassen.

Heidelberg, 30. Jan. Nobelunfall. Beim Nobeln auf dem Königsplatz sind am Sonntag zwei Arbeiter aus Mannheim verunglückt. Einer trug erhebliche innere Verletzungen davon und der andere eine Kopfverletzung und einen Rippenbruch. Beide wurden im akademischen Krankenhaus Heidelberg aufgenommen. Im Vorort Ziegelhausen erlitten vier Arbeiter und vier Arbeiterinnen Verletzungen.

Wannheim, 30. Jan. Im Verlauf eines Wortwechsels wurde der 43jährige herbeiratede Schlosser Ernst Hoffmeister von dem 37jährigen ledigen Steinbauer Emil Voll mit einem Taschenmesser gestochen, wobei die Zunge lebensgefährlich verletzt wurde. Von dem Eindringlichen fehlt bisher jede Spur.

Wannheim, 30. Jan. Das Schöffengericht beurteilte zwei Mädchen wegen Vergewaltigung gegen das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu je 2 Monaten Gefängnis. Die Mädchen waren krank und hatten trotzdem sich maßlos Männern hingeworfen und damit gegen das im Dezember 1920 erlassene Gesetz verstoßen.

Erlenburg (Amt Schopfheim), 30. Jan. Ueberfall. Am vergangenen Sonntag wurde der hiesige Waldhüter Wilhelm Lehmann auf dem Nachhauseweg von dem Landwirt Albert Reier überfallen und bedroht geschlagen, daß er jegliche Hilfe in Anspruch nehmen durfte und nun schwer verletzt darniederliegt. Es wird allgemein angenommen, daß es sich um einen Raubverbrechen handelt, weil Lehmann wegen Fortdiesbstahl zur Anzeige gebracht.

Konstanz, 30. Jan. Die von der Gruppe Sozialer Verbände führender Kreise über die hiesige Militärkapelle und den Obermusikmeister Vernehan verhängte Sperre ist nach befristenden Erklärungen der Vertreter der Kapelle aufgehoben worden.

10 000 Mark Belohnung sind auf die Ermittlung des Täters in der Mordtate des Wahnwärters Wanner bei Teisfurt ausgesetzt worden.

Erhöhung der Güter- und Tierpreise. Vom 1. Februar ds. J. ab werden die Frachttarife, die Mindest- und Sonderfrachttarife, die örtlichen Gebühren (Bahnpostfrachten, Lebensmittelpreise usw.) sowie die Nebengebühren an Güter- und Tierverkehr um etwa 30 v. H. erhöht. Die Erhöhung ist bei den regulierten Tarifklassen und bei einigen Ausnahmestufen nicht in Form eines gleichmäßigen Zuschlags, sondern unter besonderer Schonung der weiteren Entfernungen planmäßig in die Tarife eingearbeitet. Die Erhöhung wird durch Ausgabe neuer Tarife durch Tarifnachträge durchgeführt. Nähere Auskünfte erteilt das Gütertarifbüro der Eisenbahngeneraldirektion. Die Privatbahnen sind ermächtigt, auf ihren Strecken die gleichen Erhöhungen durchzuführen; die von ihnen eingeführten besonderen Zuschläge bleiben hieron unberührt.

„Beherrschung und Volkswirtschaft“ behält sich eine Schrift (G. Braunsche Druckerei und Verlag Karlsruhe) von Professor Dr. Paul Romberg, worin der bekannte Freiburger Nationalökonom eine Reihe steuerrechtlicher Theorien in leichtverständlicher Form auseinandersetzt. Ueber die Ergebnisse seiner Untersuchungen wird man allerdings geteilter Meinung sein. Sicherlich hat Romberg recht, wenn er auf die Notwendigkeit hinweist, daß wir auch in Steuerfragen wirtschaftlich denken lernen, daß wir berücksichtigen vor allem, daß es für die sozial- und wirtschaftspolitischen Wirkungen nicht darauf ankommt, wer die Steuer zahlt, sondern wer sie letzten Endes trägt, daß wir dabei vor allem auch der tatsächlichen Bedienung tragen, daß gerade die politischen und sozialen Umstände der letzten Jahre an den Umwälzungsprozessen der letzten Jahre wichtiges geändert haben. Kritisch muß man dagegen — vom Parteistandpunkt aus abgesehen — Rombergs scharfe Abneigung gegen Vermögensabgaben nehmen, da uns angesichts unserer Finanzmiserie eben vielfach kein anderer Weg übrig bleibt, so sehr auch mancherlei Einwendungen gegen diesen Weg nicht ganz unberücksichtigt sein mögen. Unberücksichtigt die ethische und sozialpolitische Seite des Problems steht eben auch in Steuerfragen der Zwang über theoretischen Erwägungen.

Der Holzweiser

Die in Stuttgart erscheinende „Wochenzeitung“ schreibt: Aus dem deutschen Bauholzmarkt spielt sich in der letzten Zeit ein mocher Gegenstand ab. Das ganze Holzgeschäft ist augenblicklich wieder einmal vollkommen zur Spekulation geworden und es fehlt ihm für die Zukunft fast in jeder Hinsicht ein auch nur einigermaßen sicher tragendes Fundament. Gemäß wir haben in Deutschland momentan eine Holzknappheit zu überwinden. Aber es handelt sich ganz sicher nur um eine vorübergehende Sache. Der Artikel hat den Holzverbraucher, mit der Einbindung zurückzuführen, soweit es die abzuwandelnden Verhältnisse nur irgend zulassen. Die noch bevorstehenden, diesmal etwas verzögerten Einkünfte in den deutschen Foren versprechen genügend reichliche Anfälle an Stämmen, um den inländischen Bauholzbedarf laufend für längere Zeit reichlich zu decken. Langfristige Aufträge, die man jetzt vermeiden sollte, werden von den solchen Holzfirmen meist abgelehnt. Zur Preisfrage wird festgestellt, daß die Holzpreise in den letzten Monaten von einem Tag zum anderen fieberhaft emporgeschwollen sind.

Absolutistisches aus der Karlsruher Schulverwaltung

In der Nr. 296 unseres Blattes vom 28. September brachten wir unter obiger Ueberschrift einen Artikel, in dem wir uns mit der Karlsruher Schulverwaltung befaßten. Wir kennzeichneten darin das Verhalten des Herrn Stadtschulrat Dürr und des Herrn Rektor Stehlin in der Frage der Einreichung einer Anzahl Karlsruher Lehrer in der Gehaltsklasse 9, die der Stadtschulrat vorgenommen hatte, ohne dem Verlangen der Lehrerschaft, ihre Vertretung, den Dienststellenausschuß, bei dieser Maßnahme zu hören, stattgegeben zu haben. Jede Mitwirkung der Vertretung der Lehrerschaft wurde rundweg abgelehnt. Der Karlsruher Lehrerschaft bemächtigt sich deshalb einen ungeheuren Erregung. Dieser Erregung verließen wir in jenem Artikel Ausdruck. Wegen einiger Sätze in dem Artikel, aus denen Herr Dürr und Herr Stehlin den Vorwurf der Verächtlichkeit herauslasen, erhoben nun die beiden Herren Verleumdungsklagen gegen den für den Artikel verantwortlichen Redakteur Hermann Binkler, die vor dem Schöffengericht am letzten Mittwoch zur Verhandlung kam. Vor Eintritt in die Verhandlung machte der Vorsitzende den Vorfall eines Vergleichs, auf den sich schließlich auch beide Parteien einließen. Redakteur Binkler gab folgende Erklärung ab:

Mit dem hier in Frage stehenden Artikel im „Volksfreund“ vom 28. 11. 21 habe ich lediglich berechtigte Interessen wahrnehmen wollen; es ist mir fern gelegen, den Herrn Stadtschulrat Dürr und den Herrn Rektor Stehlin beleidigen zu wollen. Es ist mir insbesondere ferngelegen, den genannten Herren den Vorwurf der Verächtlichkeit machen zu wollen. Es ist zugzugeben, daß ich hinsichtlich der zum Gegenstand der Verleumdungsklagen gemachten Tatsachen von meinen Gewährsmännern falsch unterrichtet worden bin. Ich stehe deshalb nicht an, meinem Verdauern darüber Ausdruck zu geben, daß auf Grund meines Artikels die Auffassung entstehen konnte, die Herren Dürr und Stehlin seien beleidigt. Dieser Vorwurf sei hiermit ausdrücklich zurückgenommen.

Auf Grund dieser Erklärung nahmen die Herren Dürr und Stehlin den Strafanspruch zurück. Wir können hierzu noch erklären, daß wir schon, bevor uns die Mitteilung der Anklageerhebung zugegangen war, erklärt hatten, daß es uns selbstverständlich nie und nimmer eingefallen war, den beiden Herren den Vorwurf der Verächtlichkeit zu machen. Der Zweck des Artikels war, das Verhalten des Stadtschulrats und des Rektors, die rückständig sich über Wünsche für der gesamten Lehrerschaft hinwegsetzten, — Wünsche, die wir unbedingt für berechtigt halten, die auch in anderen Städten berücksichtigt wurden — einer Kritik zu unterziehen. Diese Kritik war auch nicht Gegenstand der Anklage, wir haben keinen Anlaß, von diesem Teil unserer Ausführungen irgend etwas zurückzunehmen.

Der Voranschlag der Stadt Karlsruhe für 1921/22

In einer 192 gedruckte Fotokopie umfassen den Aufstellung gibt die Stadtverwaltung den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921/22 der Öffentlichkeit bekannt. In der der Vorlage beigegebenen Begründung wird eingangs darauf hingewiesen, daß wie im vorigen Jahr auch im laufenden ein sprunghaftes Ansteigen der Ausgaben einerseits und weitgehende Unficherheit der Einnahmen andererseits die Kennzeichen der Finanzlage der Städte und damit auch der Stadt Karlsruhe geblieben sind. Mehrfache Gehalts- und Lohnveränderungen der städtischen Angestellten in Anknüpfung an die entsprechenden Sätze der Reichsangehörigen waren die fortschreitende Verteuerung der Materialpreise waren die Folge. Einem Gesamtkostenanstieg von 2 250 000 M gegenüber den 1920er Jahren von 5 505 000 M nach dem Stande vom Juli 1921 steht trotz der Beringerung der Personalausgaben im Januar 1922 eine Jahresausgabe von 101 700 000 M gegenüber; es bedeutet dies eine Steigerung um 78,8 Prozent.

Die Unficherheit der Einnahmen andererseits hat ihren Grund in der Unvollständigkeit der Steuererhebung und der Ungenügsamkeit ihres finanziellen Ergebnisses für die Städte. Zwar sind im laufenden Jahre zwei für die Wirtschaft der Gemeinden sehr wichtige Gesetzeswerke zum Abschluß gekommen, so das Steuererleichterungsgesetz, eine Neuregelung der Verteilung der Schullast auf Staat und Gemeinde. Das letztere bedeutet für die Stadt Karlsruhe eine Entlastung von 4,7 Mill. Mark. Bei den Mittelschulen ist durch die Halbierung der persönlichen Aufwendungen zwischen Staat und Gemeinde die Lage der Städte gegen früher verschlechtert.

Wichtige Neuerungen brachte ferner die Neuregelung der Grund- und Gewerbesteuer. Günstig unklar sind die Grundlagen für die Berechnung der Einkünfte aus den Reichsteuern. Es ist einleuchtend, daß diese Umstände die Aufstellung eines Voranschlags erheblich erschweren, ja fast unmöglich machen. Als Stützpunkt für die maßgebenden Verhältnisse wurde Ende September gewählt. Unberücksichtigt bleiben mithin, von den zu behandelnden Ausnahmen abgesehen, in dem Voranschlag alle Veränderungen, die sich seit dem 1. Oktober 1921 vollzogen haben. Die Stadtverwaltung hofft, daß ein großer Teil der Ausgaben für die erhöhten Beamtengehälter vom Reich in irgend einer Form gedeckt wird. Zwei Ausnahmen von der Verteilung der Mehrausgaben der Städte ab 1. Oktober 1921 auf etwaige Zuschüsse des Landes oder Reiches mußten allerdings gemacht werden, nämlich: a) bezüglich der infolge der Mehrausgaben ab 1. Oktober zu erwartenden Steigerung des Zuschusses der Stadt zum Landeshaushalt von 2 250 000 M auf 2 750 000 M und b) bezüglich der durch die Einreichung Karlsruhes in die Dristklasse A ab 1. April 1920 notwendigen Nachzahlung von 7 430 070 M.

Von den Aufstellungen der städtischen Verwaltung, die einen Aufschuß ergeben, zeigt das Fürsorgewesen und die Kranken- und Wohlfahrtspflege die größte Steigerung. War nach dem letztjährigen Voranschlag ein Zuschuß von 8 629 251 M erforderlich, so werden jetzt 12 249 175 M aus allgemeinen Mitteln der Stadt dafür benötigt. Ganze Kategorien von Menschen sind neu in den Kreis der Fürsorge der Stadt eingetreten. Dazu gehören u. a. die Kleinrentner und Sozialrentner. Im Zuschuß zum Krankenhaus sind 2 742 367 M, zum Ludwig-Wilhelm-Krankenheim 729 800 M und zum Kinderkrankenhaus 100 000 Mark vorgesehen. Für Schulzwecke gibt die Stadt im laufenden Jahre 15,7 Millionen Mark aus für Förderung der Kunst, Wissenschaft und Volksbildung 3 377 Millionen, d. h. 1,1 Millionen mehr als im vorigen Jahre. In der Rechnung ist insbesondere der Theater mit annähernd 500 000 M beteiligt.

Der Voranschlag schließt mit einem Gesamtaufwand von 107 927 055 M gegen 99 225 770 M im Vorjahre ab. Davon sind durch Wirtschaftseinahmen gedeckt 36 600 708 M, so daß durch die dem früheren Steuererleichterungsgesetz entsprechenden Erträge noch 71 266 355 M zu decken bleiben. Dieser kommt zunächst der Anteil der Stadt an der Reichseinkommensteuer in Betracht, der sich auf 29,9 Mill. Mark belaufen dürfte. Sodann sind für den Wegfall der reichssteuerfreien Einkommensanteile vom Reich 6 564 000 M in den Voranschlag eingestellt, an Umlagenbeiträgen werden 1 200 000 M erhöht, jedoch die aus Grund- und Betriebsvermögen zu erhebende Gemeindeumlage 33 601 752 M beträgt. Der Steuerfuß beläuft sich für Gebäude auf 2,44 M, Betriebsvermögen 2,44 M, einzelnen geschätzte Grundstücke 3,66 M, landwirtschaftlich genutzte Grundstücke und Wald 4,88 M. Es muß also die Erhebung einer Umlage von 2,44 M im einfachen Betrag vorgesehen werden. Dazu bedarf es der Genehmigung des Ministeriums des Innern, weil der Steuerfuß den Betrag von 2 M übersteigt. Ferner wird als Nachtrag für die Rechnungsjahre 1920/21 eine weitere vollständige Umlage von 44 Pf je 100 M der für das Rechnungsjahr 1920 veranlagten Steuerwerte des Liegenschafts- und Betriebsvermögens erhoben.

Parteienossen und Leser des „Volksfreund“ berücksichtigen bei eieren Einkäufen die Geschäftliche Rundschau! Kaufen nur bei den Geschäftsläden, die etere Preise mit Anzeigen unterstützen!

seiner Widerprüfung. Die Gruppe der oberen Beamten ist schon vor einigen Tagen aus der Reichsgewerkschaft ausgetreten, weil sie keine Lust hat, die unentgeltliche Radikalisierung mitzumachen. Auch der Banische Verkehrsbeamtenebene hat seinen Austritt vollzogen. Rüdiger wendet sich auch die Reichsgewerkschaft 6, welcher die Beamtengruppen 7 bis 10 (gehobene mittlere Beamte) angehört, in einem Rundschreiben gegen das Vorgehen der Reichsgewerkschaft. Die Veranstaltung einer Urabstimmung vor dem Streik wird in dem Rundschreiben als Sühnmaßnahme bezeichnet. Am wichtigsten und besonders treffend aber ist die Erklärung, daß der Streikbefehl sachlich unbegründet sei, da die Reichsregierung sich schon zur Aufstellung der gesamten Besoldungsfrage bereit erklärt habe.

Oberleutnant Dittmar aus dem Gefängnis entflohen
21. Raumburg, 30. Jan. Oberleutnant Dittmar, der seinerzeit von dem Reichsgericht in dem U-Boot-Prozess verurteilt wurde, ist gestern nacht aus dem Gefängnis entflohen. Der Oberreichsanwalt ist benachrichtigt worden und wird noch im Laufe des heutigen Nachmittags in Raumburg erwartet. — Wie die Telegraphen-Union erfährt, sind seitens der preussischen Justizverwaltung alle Maßnahmen ergriffen worden, um den Flüchtigen wieder habhaft zu werden und den wahren Sachverhalt über die Flucht aufzuklären. Sämtliche Grenzstellen sind sofort in Kenntnis gesetzt worden und haben entsprechende Anweisungen erhalten. Außerdem hat die preussische Justizverwaltung eine Belohnung von 50.000 M auf die Wiederergreifung Dittmars ausgesetzt.

Zum Kinounglück in Amerika
22. Washington, 30. Jan. Die Zahl der bei dem Einbruch des Kinoseaters Gezeiten wird auf gegen 100 geschätzt. Hunderte von Verletzten liegen unter den Trümmern. — Dem Pariser Journal zufolge sollen bei dem Kinounglück in Washington 125 Tote und 200 Verletzte zu beklagen sein. Glücklicherweise befanden sich infolge des starken Schneesturms nur 500 Personen in dem Kino.
Schriftleitung Georg Schöstin, Verantwortlich für Artikel, Politische Uebersicht und letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtsverteilung und Neuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefachliche, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giesele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Verkaskuh?
Miet- u. Untermiet-Verenigung
Karlsruhe (G. B.)
Schriftsteller G. W. Surya
aus München spricht in 2 Vorträgen über:
Mentale weiße Magie
oder die Kraft der Gedanken, des Wunsches und Gebets.
Geist und Materie
(Wahr und falscher Monismus).
Der 1. Vortrag findet am **Dienstag, den 31. Januar**, der 2. Vortrag am **Mittwoch, den 1. Februar**, abends 8 Uhr, im
Eintrachtsaal
statt. Eintrittskarten zu Mk. 4.—, 5.— und 8.— sind am Saaleingang erhältlich. 2411



Preis des Packes Mk. 2.50
Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda
unverwundlich für Wäsche und Hausputz
Hersteller: Henkel & Co., Düsseldorf

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Anteilnahme an dem Hinscheiden meines guten Vaters und Meters, sage ich im Namen der trauernden Hinterbliebenen herzlichsten Dank.
Insbesondere danke ich dem Herrn Pastor Herr, dem Vertreter vom Straßenbahnamt, sowie seinen Kollegen für die zahlreiche Trauerbegleitung, den früheren Kollegen vom Tiefbauamt, den Vertretern von der Sozialdemokratischen Partei und dem Deutschen Verkehrsverband, Hrn. Straßenbahner für die trefflichen Worte und hilfreiche Unterstützung.
Karlsruhe, 30. Januar 1922.
Frau Marie Rucker Wwe.
und Kinder.

Verkaskuh?
Bruchtaler Anzeigen.
Infolge Nichtaufweisung von Brennholz kann ein weiterer Verkauf auf dem Markt Holzplatz nicht mehr stattfinden. Bei einer zu später erfolgenden Aufweisung wird die Verkaufszahl bekannt gegeben.
Brennholz wird noch zum alten Preis, 21 M pro Zentner ab Gehwerk, abgegeben. Die Ausgabe desselben findet nur Mittwoch von 1-5 Uhr und Freitag von 8-12 Uhr statt. Einzahlung Büro Kautzstr. 2.
Bruchsal, den 28. Januar 1922.
Stadt. Holzverteilungsstelle — Kristallkohlenstelle.

Die Ausstellungshalle ist gut geheizt!
Circus Busch
Karlsruhe Ausstellungshalle.
Telephon über Rathaus.
Dienstag abends 8 Uhr:
Sport-Vorstellung.
Mittwoch nachm. 4 Uhr:
Familien- und Kindervorstellung.
Kinder unter 12 Jahren halbe Eintrittspreise. Tägl. Abends 8 Uhr grosse Vorst.
Vorverkauf von Eintrittskarten im Zigarrenhaus Meyle, Markt und an der Circuskasse.

Güterbestatterei
Eugen von Steffelin
Prompte Abholung und Zustellung von Eil- und Frachtgütern sowie Wagenladungen
Frachtgut Telephon 2 und 432
Eilgut Telephon 602.

Badisches Landestheater.
Dienstag, den 31. Januar, 7 bis nach 9 Uhr. **M. 25.**
Volksbühne G 2.
Freund Heisspohn 233
Kaiser-Lichtspiele
am Durlacher Tor.
Bis einschliesslich Donnerstag.
Fluch des Schicksals
Drama in 4 Akten.
Der Mustergatte.
Lustspiel in 3 Akten.
Ab Freitag:
Der Schicksalsfanz in der Schmugglerbar.
6 Akte. 2420

Konsum-Berein
für Bruchsal und Umgebung e. G. m. b. H.
Einladung
zur halbjährigen
General-Versammlung
am Sonntag, den 5. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im hinteren Saale des Gaißhauses zum „Wolff“.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht über das erste halbe Geschäftsjahr 1921/22.
2. Uebersicht der Geschäftslage und die Vorteile im Konsumverein. Referent: Geschäftsführer Dörner, Durlach.
3. Erwerbung eines Grundstücks Hardtsstraße Nr. 9
4. Ausgabe von Hausanteilen.
5. Uebersicht.
6. Mit der Bitte um recht zahlreiche Beteiligung und häusliches Erscheinen laden wir unsere verehrlichen Mitglieder, Männer und Frauen freundlichst ein.
Anträge zur Generalversammlung müssen bis spätestens Donnerstag, den 2. Februar, bei der Verwaltung eingereicht sein.
Der Aufsichtsrat:
Dr. Gutmann. [1100]
Haftatter Anzeigen.
Der Haftatterplan für den Verbindungsweg von der Industriezone nach dem Gehweg Lothfeld wurde durch Entschädigung des Bezirksrats v. 14. November vor. 22. nach Wahgabe des diesseitigen Antrags für festgelegt erklärt. Der Plan liegt hier zur Einsicht auf. Haftatt, den 23. Januar 1922. 234
Das Bürgermeisterrat.
Hennet. Boller.

Pferdemarkt Karlsruhe
Ieden ersten Mittwoch im Monat in der Gottesacker Allee. Gute Stallungen. Große Vorführungsplätze. Bedeckte Reitbahn.
Karlsruhe, den 28. Januar 1922.
Stadt. Schlacht- und Viehhof-Amt.

Residenz-Lichtspiele
Waldstraße 30 Telephon 5111
Heute letzter Tag!
Das Lied von der glutroten Blume
Nach der eigenartigen Erzählung des finnischen Dichters Johannes Linnankoski.
In der Hauptrolle:
Lars Hansson
Lillibil Christensen.
Aus der Sammelmappe der Universal Eine der bekanntesten Tallüren in Amerika.
„Wunder der Technik“ Gewinnung v. Schwefelsäure (Vitrilo)
Chaplin klaut'n Regenschirm
Grotteske in 2 Akten.
Voranzeige:
ab Mittwoch, den 1. Februar 1922
Der ewige Fluch
Drama in 5 Akten.
Regie und Manuscript:
Dr. Fritz Wendhausen:
In den Hauptrollen: 2391
Charles Willy Kaiser,
Rosa Valetti, Emil Heise.

Sie sparen Geld
wenn Sie Ihren Frühjahrs-Bedarf in Gardinen aller Art
per Meter von M. 14.90 an
Stores von M. 111.50 an
Storesinfandhandel gewerb. v. M. 385.— an
ausserst preiswert
Garnituren v. M. 129.— an
Madras, beste Qualität v. M. 273.— an
Ferner Etamin-Mull-Kongres-Damast, Leinen, sowie einige Reste Herren- und Damen-Stoffe zu den zur Zeit billigsten Preisen eindecken.
Etagengeschäft. Keine Ladenmiete.
M. Becker
Adlerstraße 1, I. 2403

Lebensmittel-Verkauf.
Am Mittwoch, den 1. Februar wird verkauft:
Brotmehl, Kopfstück 5 Pfund, Preis 2.60 M. pro Pfund gegen Vorzeigung des Brotausweises. Brot, ausweisnummern 1-1800 bei Fräul. Walter, 1801 bis 2000 bei Fräul. Kump.
Wir eruchen die Bevölkerung dringend, die Gelegenheit zu benützen, sich eine kleine Reserve in Mehl anzulegen.
Kommunalverband Kautz-Stadt.

Brennholz
gesägt und gespalten
in Fahren und zentnerweise liefert
Farer & Co., Kohlen-G. m. b. H.
Kohlen- und Holzhandlung
Biere Leopoldstrasse 1, Tel. 25, Lagerhaus Belsbühl.
 Kleinverkaufspreise für Gemüse und Obst.
Für die Zeit vom 31. Januar 1922 bis einschli. 8. Februar 1922 gelten für das Stadtgebiet Karlsruhe folgende Richtpreise:

Gemüse:	Pfund	Noten:	Pfund
Wendelknollen	bis 300	Noten	bis 100
Gelbe Rüben	bis 150	Sellerie	bis 150
Rettich	bis 150	Schnittlauch	bis 150
Lauch	bis 150	Schnittlauch	80
Wasserkress	800	Knoblauch	bis 200
Wasserkress	800	Knoblauch	bis 200
Wasserkress	800	Knoblauch	bis 200

Auf Grund der Bekanntmachung der Stadt. Preisprüfungsstelle Karlsruhe vom 20. August 1920 sind die Kleinverkaufspreise in Karlsruhe und den Bezirken der Preisprüfungsstelle abgegrenzten Preisbereich wie an den Verkaufsständen und Warenbehältern anzuzeigen; wer dieses unterlässt, macht sich strafbar. Das Verfügen des Obdtes von Seiten der Käufer ist vorbehalten. 231
Karlsruhe, den 27. Januar 1922.
Der Stadt. Preisprüfungs- und Ueberwachungsamt für Marktwaren, Obst und Gemüse.
Die Preisprüfungsstelle Karlsruhe-Land.

Das Lied von der glutroten Blume
Nach der eigenartigen Erzählung des finnischen Dichters Johannes Linnankoski.
In der Hauptrolle:
Lars Hansson
Lillibil Christensen.
Aus der Sammelmappe der Universal Eine der bekanntesten Tallüren in Amerika.
„Wunder der Technik“ Gewinnung v. Schwefelsäure (Vitrilo)
Chaplin klaut'n Regenschirm
Grotteske in 2 Akten.
Voranzeige:
ab Mittwoch, den 1. Februar 1922
Der ewige Fluch
Drama in 5 Akten.
Regie und Manuscript:
Dr. Fritz Wendhausen:
In den Hauptrollen: 2391
Charles Willy Kaiser,
Rosa Valetti, Emil Heise.

Anzüge, Ueberzieher, Kleider, Schuhe,
Hüte, Feldgr. Mäntel, Mäntel, Hosen, Trichteranzüge, Sam-Kleider, Schuwaren, u. Soden kaufen Sie am billigsten bei
Neitrad, Straße 32 II.
Hamatee.
Zu h. i. d. Apotheken.
En gros-Lager:
Firma Leopold Flebig
Karlsruhe. [1063]

Nicht zu viel
und
nicht zu wenig
aber immer
„Rotfroschkönig“
Erdal
putzt die Schuhe, pflegt das Leder
Alleinhersteller: Werner & Mertz A-G, Mainz.

Verkaskuh?

Verkaskuh?

Haushaltungs-Artikel
besonders erstklassige
Aluminium-Waren
(große Auswahl) vorteilhaft einkaufbar? Bei
Eugen Schaeffer
Durlach, Hauptstr. 81. b. Bahnhof.

Verkaskuh?

Baden-Baden

Rheinische Credithank
 Filiale Baden-Baden.
 Telefon: 1180 - 1190 - 1580 - 1581 -
 1582 - 1584 - 1585.

Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft A.-G.
 Filiale Baden-Baden
 Lutsenstraße 3 (gegenüber der Trinkhalle).
Bankhaus Carl T. Hermann & Co.
 Solfenstraße 6. Telefon 101 u. 704.

Karl J. Kessel Baden-Baden
 Solfenstr. 22, Tel. 600.
Kaufm. Sachverständiger u. Treuhänder
 Vermögens- und Nachlassverwaltungen. - Immobilien und
 Hypothekvermittlung. - Ankaufe. - Versicherungen.

Detektiv Rulo Baden-Baden
 Ludwig Wilhelmstraße 22 - Welt-Auskunftei
 Ermittlungen jeder Art
 Reel 348 Telefon 848 Diskret

**SPEZIAL-
 HUT-GESCHAEFT**
KARL BEHRLE
 LANGESTR. 14 TELEPH. 892

Färberei u. Chemische Waschanstalt
Friedrich Thomas (Gegründet 1872).
 Solfenstraße 21. Baden-Baden.
 Beurenstraße 16, Tel. 708, Baden-Lichtenthal.

Hotels, Restaurants, Café u. Veranügen

Hotel „Europäischer Hof“

„Kurhaus - Restaurant“
 Weingroßhandlung.
 Zweiggewerbe:
Städtisches Merkur-Restaurant.

Brenners Kurhof

Hotel
Russischer Hot
 Haus I. Ranges
 das ganze Jahr geöffnet

Im Quellenhof (Erdgeschob):
ALTE BADISCHE WEINSTUBE
 „Im süßen Löchel“
 Spezialität: Bad. Landweine vom Faß
 Bekannt durch Küche und Keller

HOTEL ATLANTIC
 an der Lichtenthaler Allee
 Fließendes Wasser - Bäder - Appartements

REGINA-HOTEL
 P. KEPPELER
 VORNEHMSTES FAMILIEN-HOTEL

HOLLAND-HOTEL
 das erstklassige Familien-Hotel
 Geöffnet vom 1. März bis 1. Dezember.

HOTEL DREI KÖNIGE
 Südlage. Nähe des Kurhauses und der Kur-
 Anlagen. Neuzeitlich eingerichtet. Central-
 heizung. Das ganze Jahr geöffnet.
L. August Hoffmann.

Hotel Schwarzwaldhot
 Wein- und Bier-Restaurant. Gut bürgerl. Haus
 In nächster Nähe der Bade-Anstalten
 Telefon Nr. 9 A. Wädeler.

Hotel und Badhaus
„Zähringer Hof“
 Vornehmes, behagl. Familienhotel, Thermalbäder
 - Grosser Park -

Peter's Badhotel „Zum Hirsch“
 das ganze Jahr geöffnet. Eigene Thermal-
 Bade-Anstalt. Pensionspreis

Hotel Schweizerhof, rechts am
 Gut bürgerl. Haus. Centralheizung, elektr. Licht
 Das ganze Jahr geöffnet. Tel. 611. Bes: Max Hoffmann

Telefon Nr. 172 **Hotel Markgräfler Hof**, J. Reichelstr.
 gegenüber dem Bahnhof

Gut bürgerl. Haus, n. Qualitätsweine, gute Küche

Trocadero-Künstler-Spiele
 Baden-Baden

Kinema - Palast
 Gernsbacherstraße

Gelächliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan C.
 Musterschutz

Möbelhaus Kaiserhof
 Baden-Baden, Solfenstraße 22
 Billigste Bezugsquelle in Wohnungs-Einrich-
 tungen, Teppichen, Möbelstoffen, Gardinen

Partiewarenhaus
Jos. Götzl
 Herren- und Damenbekleidung, Wäsche, Stiefel
 zu bekannt billigen Preisen.

Abfahrt in Richtung:

Pforzheim		Bruchsal-Heidelberg		Schweiz-Mannheim		Stuttgart-Rastatt		Darmstadt-Rastatt		Maxau-Pfalz		Eppingen	
Vorm.	Nachm.	Vorm.	Nachm.	Vorm.	Nachm.	Vorm.	Nachm.	Vorm.	Nachm.	Vorm.	Nachm.	Vorm.	Nachm.
W455	1.05	W455	1.05	W455	1.05	W455	1.05	W455	1.05	W455	1.05	W455	1.05
L655	D325	L655	D325	L655	D325	L655	D325	L655	D325	L655	D325	L655	D325
W655	Sa 2.45	W655	Sa 2.45	W655	Sa 2.45	W655	Sa 2.45	W655	Sa 2.45	W655	Sa 2.45	W655	Sa 2.45
8.05	4.05	W700	D255	W700	D255	W700	D255	W700	D255	W700	D255	W700	D255
D955	W615	D955	W615	D955	W615	D955	W615	D955	W615	D955	W615	D955	W615
10.15	D615	10.15	D615	10.15	D615	10.15	D615	10.15	D615	10.15	D615	10.15	D615
	7.15		7.15		7.15		7.15		7.15		7.15		7.15
	W625		W625		W625		W625		W625		W625		W625
	S925		S925		S925		S925		S925		S925		S925
	10.27		10.27		10.27		10.27		10.27		10.27		10.27
	D1025		D1025		D1025		D1025		D1025		D1025		D1025
	11.25		11.25		11.25		11.25		11.25		11.25		11.25

W: Wochentags, Sa: Samstags, S: Sonntags, W*): Wochentags ausgenommen Samstags, D: D-Zug, L: Luxuszug.

Rheinholdt-Haus Baden-Baden
 Inh.: Erich Batschari
 Ältestes und größtes Spezialhaus Badens für
Cigarren Cigaretten Rauchtabake
 Man verlange Preisliste!
 Für Wiederverkäufer günstigste Sonderpreise.

Sattlerei feiner Leder- und Reiseartikel
Karl Zirscher
 Küberstraße 7.
 Größtes Partiewarengeschäft, billige Bezugsquelle für Herren- und Damen-Kleider, Schuhwaren
E. Rosbusch
 Bittenstraße 7.

Kleidung Schuhe Putz

Eduard Amend
 Telef. 1082 B.-Baden Langestr. 8
 Herren- u. Knaben-Konfektion, Herren-Artikel

Halbstoffwerk Obertsrot
 G. m. b. H.

Wiener Bazar Jul. Nachmann
 Solfenstraße 20 - Tel. 201.

Möbelhaus Aug. Baer
 Bittenstraße 10.

Möbelhaus Loepthien, Merkurstr. 4
 Lieferung kompletter Einrichtungen - Billige Preise

Keramische Werke und Ofen-Fabrik
Leo & Carl Marx, Baden-Baden
 Kachelöfen, Herde und Stielöfen.

Kachelöfen-Spezialgeschäft Ludw. Wörner
 Bertholdstr. 1, Tel. 63.

Christian Fischer
 B.-Baden
 Hirschstraße 14

Garage Zabler
 Merkurstraße 11 - Tel. 166
 Adler-Vertretung - Benzin - Öl - Gummi

Tn. Schneider, Säge- und Hobelwerk
 Baden-Oos - Tel. 241.

Gustav Joos, Gernsbacherstraße 31,
 - Telefon 132. -
 Anstaltensmagazin für Haus- und Küche-
 Eisenwaren - Baubeschläge.

Spezialität: Reinlaminium-Kochgeschirre
 in besten Qualitäten infolge reichhaltiger
 günstiger Einkäufe weit unter den heutigen
 Tagespreisen.
 Wärmeflaschen in variant, vernickelt und
 Kupfer, größte Auswahl, billigste Preise.

Färberei u. chem. Reinigung J. Schmitz
 Inh.: H. Schnepp, Maximilianstraße 100.

Wilh. Hupka, Badenia-Drogerie
 Drogen - Chemikalien - Sanitätswaren
 Photo-Artikel.

SPORT-HAUS
NAGELMENZ
 BADEN-BADEN

Garage Huse Auto-Wagen
 Lackiererei - Tel. 937.

August Frey, Inh.:
 Jos. Frey, Brennmaterial-Handlung, Tel. 79

Stella-Lagermetall
 in 6 Qualitäten
 Verlangen Sie gratis Prospekt.
Stella A.-G., Oos.

Brennmaterial sparen
Kachelöfen, Kachelherde
 von Carl Roth Nachf. (E. Löw) Oos.

Wahlmann & Ebert
 Baden-Geroldsau
Dampfsägewerk und Holzhandlung.

Gustav Weber Otto Dieterle & Cie.
 Baden-Lichtental
 Baugeschäft, Sägewerk, Holzhlz., Innen-Dekoration

Kaufhaus Smil Nachmann
 Gernsbach (Baden)

Billigste Bezugsquelle für
**Manufaktur, Weißwaren,
 Herren- und Damenkonfektion**
 Möbel, sämtliche Aussteuerartikel

Rud. Heilmann, Solfenstr. 3a
 gegenüber der Reichspost am Leopoldplatz.
Spezial-Haus feiner Herren-Moden.

Josef Schneiderberger, Langestr. 20
 Schuhwaren. Eigene Werkstatt.

Sägewerke Baden-Baden
 G. m. b. H.
 Baden-Baden-Geroldsau
 - Telefon 268. -

Ettlinger
A. Streit Manufaktur
 Modewaren

Joh. Seiter, Ettlingen
 Hut-, Mützen-, Schirm- und Sport-Artikel.
 Hut- und Schirmreparaturen.

**Futterartikel, Kunst-
 dänger, Sämereien**
Herren-Konfektion
 Gros- und Klein-Verkauf.
Ludwig Jaeck, Kronen-
 Pforzheimerstraße 38

Max Falk
 Kolonialwaren
 Mehl u. Futtermittel

Robert Brisch Kronen-
 Metzgerei u. Würstlerei

Zigarrenhaus P. Rees
 5 Kirchenplatz 5
 Erstes u. ältestes Spezial-
 geschäft am Platze.

Rentschler Söhne, Sägewerk
G. Schneider & Söhne
 Ettlingen bei Karlsruhe

Grosses Lager in **Papieren und Kartons**
 aller Art für sämtliche Verwendungswecke.

Kaufhaus Freund & Co. Carl Becker, Schuhwaren
 Ettlingen. Reparaturen jeder Art.

Hack & Blau
 Eisenwaren-Fabrik
 Telefon 47.

Loeser & Leonhardt
 Diamantwerkzeugfabrik.

Eisen- u. Metallgießerei
 G. m. b. H., Ettlingen. Telefon 144.

Beste hand-
 habungssichere **Sprengstoffe**
 für alle Zwecke
 wie Ammonalpulver-Sprengstoffe, Stütz-Pikrin-
 Sprengkörper, Sprengpulver, Sprengpulver,
 Sprengkapseln, Zündschnüre, elektr. Zünder,
 Zündapparate, Leitungsprüfer, Leitungsdraht etc.
Pulverfabrik Ettlingen Tel. Nr. 8

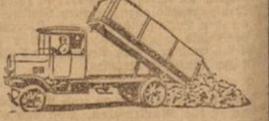
Durlach
Ledertabrik Durlach
 Herrmann & Ettlinger G. m. b. H.
 Durlach bei Karlsruhe (Baden).

Weingroßhandlung
Brantwein-Brennerei - Likör-Fabrik
Eugen Scherer
 Durlach (Baden).

Melang & Steponat, Durlach
 Fernsprecher Nr. 39 Hauptstraße 48-50.
Werkzeuge u. Beschläge
 Haus- und Küchengeräte.

Gritzner: Durlach
 Nähmaschinen - Fahrräder.

Arnold Biber
 Pforzheim - Durlach
 Fabrik zahnärztlicher Einrichtungen
 Eisen- und Metallgießerei.



Benzwerke Gaggenau